Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
mit Schwung und dem Regierungsprogramm in der Tasche sind wir am Sonntag nach dem Parteitag in Augsburg wieder zur Sitzungswoche nach Berlin aufgebrochen. Und auch hier war diese Woche der beginnende Wahlkampf in jeder Situation spürbar. Ob in der Bundestagsfraktion, wo wir den Parteitag als Grundlage auch für das künftige Fraktionshandeln beschlossen haben, dem Plenum- wo die Union auf einmal die Frauenquote im Jahr 2020 für sich entdeckt hat, oder im Willy-Brandt-Haus, wo diese Woche die offiziellen Fotos für die Wahlkampfplakate geschossen wurden! Es geht los… in knapp 150 Tagen ist Bundestagswahl. 150 Möglichkeiten, noch für uns mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. 150 Möglichkeiten, die Menschen von unseren Inhalten und unserem Programm zu überzeugen. 150 Möglichkeiten, den Regierungs- und Politikwechsel am 22. September vorzubereiten.
Nutzen wir jede einzelne! Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema I

SPD - Regierungsprogramm

Die SPD ist am Sonntag mit einem kraftvollen und wichtigen Parteitag in die Mobilisierungsphase des Wahlkampfs gestartet.
Das Signal von Augsburg heißt: Deutschland muss besser und gerechter regiert werden. Gerechtigkeit und eine erfolgreiche Wirtschaft stehen nicht gegeneinander. Sie gehören zusammen. In einer starken Rede hat Peer Steinbrück gezeigt, was sozialdemokratische Politik für das Leben der Menschen bedeutet – konkret und verbindlich. Beim Mindestlohn, bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit, bei der Mietpreisbremse, bei der Rente. Ob mit Bildungschancen, Familienpolitik oder der Förderung junger Unternehmerinnen und Unternehmer – gegen die Ego-Gesellschaft stellen wir die gemeinsame Stärke eines solidarischen Landes. Wer dort war, hat die Begeisterung und die Aufbruchsstimmung gespürt. Deshalb heißt die Parole: Abwahl der Regierung Merkel! Jetzt gibt es Meldungen, Merkel plane ihren Rücktritt für 2015. Klar ist, Merkels Kanzlerschaft hat ihren Zenit überschritten. Deutschland hat keine Regierung mehr, die etwas bewegt. Wir kämpfen für den rot-grünen Aufbruch und den Wechsel 2013! Am Wochenende haben wir unser Regierungsprogramm beschlossen. Unsere Bundestagsfraktion bringt zentrale Forderungen in das Parlament. Wir stellen im Deutschen Bundestag die Richtungsfragen unseres Landes zur Entscheidung. Sechs Sitzungswochen liegen noch vor uns. In jeder dieser Wochen gehen wir in eine offene, klare und harte Auseinandersetzung über das Versagen der Regierung Merkel und die sozialdemokratische Perspektive für Deutschland und Europa.

Topthema II

Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte - Jetzt!

In den Spitzenpositionen der Wirtschaft gibt es zu wenige weibliche Führungskräfte. So sind nur etwas mehr als zehn Prozent der Aufsichtsräte Frauen. Bisherige Selbstverpflichtungen der Unternehmen haben nicht zu nennenswerten Veränderungen geführt. Daher sind gesetzliche Vorgaben vonnöten. Unser Gesetzentwurf sieht eine geschlechtergerechte Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen vor. Ab 2013 soll für Neubesetzungen in Aufsichtsräten eine Mindestquote von 30 Prozent gelten. In Vorständen müssen 20 Prozent erreicht werden. Ab 2015 sind 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände verpflichtend. Bei mitbestimmten Unternehmen müssen die Quoten auf Aktionärsseite und auf Arbeitnehmerseite eingehalten werden. Wird die Quote nicht erfüllt, bleiben die Plätze in Aufsichtsrat und Vorstand unbesetzt. Ein unterbesetzter Aufsichtsrat wird nach einem Jahr beschlussunfähig. Bei Vorständen gehen die Rechte danach auf den Aufsichtsrat über.
Unser gemeinsamer Gesetzentwurf mit Bündnis 90/Die Grünen sieht eine Mindestquote für Aufsichtsräte von börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen vor. In einer ersten Stufe sollen bis 2018 mindestens 20 Prozent der Aufsichtsratsmandate mit Frauen besetzt werden. Dies betrifft sowohl Arbeitnehmervertreter als auch Anteilseigner.
Bis 2023 soll der Frauenanteil bei 40 Prozent liegen. Nur wenn das Unternehmen nachweist, dass nur ungeeignete Personen zur Verfügung stehen, kann von der Quote abgewichen werden. Ansonsten greifen Sanktionen. Mit diesem Gesetzentwurf nehmen wir eine Bundesratsinitiative von Hamburg auf. Er ist ein erster Schritt zu mehr Gleichstellung in der Wirtschaft. Für die volle Verwirklichung bleiben wir bei unserem Gesetzentwurf „Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben“.

Europa

Zypernhilfe - Regierung sucht Zustimmung

In dieser Woche sucht die Bundesregierung die Zustimmung des Bundestages zu Finanzhilfen für Zypern. Vor Ostern haben Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble große Unsicherheit geschaffen, da sie auf einem chaotisch

verlaufenen Gipfel die Einbeziehung von kleinen Bankguthaben und Sparbeträgen auf zyprischen Banken gefordert und damit die Einlagensicherung im Euroraum in Frage gestellt haben. In einem Neuanlauf wurde dann der Fehler korrigiert und die Einlagensicherung bis 100.000 Euro garantiert. Die Banken und die Großverdiener am zyprischen Geschäftsmodell werden nun an der Rettung Zyperns beteiligt. Banken müssen auch scheitern können, so wie jetzt die Laiki-Bank abgewickelt wird. Außerdem verpflichtet sich Zypern, Geldwäsche zu bekämpfen und sowohl die Körperschaftssteuer wie die Kapitalertragssteuer anzuheben. Seit dem Wochenende liegt uns nun das Memorandum of Understanding (MoU) vor, das die Bedingungen für die Finanzhilfen enthält. Wir prüfen die Dokumente sorgfältig. Die Regierung Merkel ist mit vielen ihrer Annahmen und Politikansätze in Europa gescheitert. Europa braucht etwas anderes als deutschen Hochmut und abwertende Bemerkungen über die Menschen in den Krisenländern. Europa kann nicht gesunden, wenn das *einzige* Rezept die Einschnitte zu Lasten der Mittelschichten und der Zukunftsinvestitionen ist.

In der aktuellen Lage sehen wir zugleich: Wir haben aus der Opposition heraus eine ganze Menge erreicht. Wir haben die Wahrnehmung der Probleme verändert. Und wir haben wichtige politische Fortschritte in der Sache durchgesetzt.

Die Ursache der europäischen Krise wird nicht mehr eindimensional in der Staatsverschuldung gesehen, sondern in ungeregelten Finanzmärkten und maroden Banken, die ihrerseits Staatshaushalte und Steuerzahler belasten. Steuerdumpingmodelle, Steuerhinterziehung und Finanzbetrug zu Lasten stabiler Staatshaushalte sind gerade aktuell wieder ganz oben auf der politischen Agenda. Das alles sind unsere Themen. Wir haben in Europa den Einstieg in die Besteuerung der Finanzmärkte erreicht. Die Finanztransaktionssteuer kommt, und sie war unsere Forderung von Anfang an. Damit haben wir uns durchgesetzt.

Der Kampf gegen Steuerhinterziehung macht Fortschritte. Wir haben das löchrige deutsch-schweizerische Steuerabkommen verhindert, das Steuerhinterzieher noch belohnt und die Strafverfolgung sabotiert hätte. Wir haben vielmehr den Druck auf die Steuerhinterzieher erhöht. Die Zahl der Selbstanzeigen steigt. Heute ist dieses Thema in Europa ganz oben auf der Agenda. Damit haben wir uns durchgesetzt. Wir haben die Heranziehung der Anteilseigner, der Gläubiger und der großen Vermögen bei der Bankenrettung erreicht. Dass alle Verluste beim Steuerzahler sozialisiert werden, muss aufhören. Das war eine unserer Hauptforderungen von Anfang an. Und damit haben wir uns – insbesondere im Falle Zypern – durchgesetzt.

Die Steuerharmonisierung in Europa kommt langsam in Gang. Im Fall Zypern liegt das erste Rettungspaket vor, das eine Erhöhung der Steuersätze zur Bedingung der Hilfe macht. Das ist im Falle Irlands noch abgelehnt worden. Jetzt kommen wir weiter. Das Niveau mag zu niedrig sein. Doch immerhin, der Einstieg ist gemacht. Das ist unser Sieg. Und das nächste Mal bleibt es nicht bei 12,5 %! Beschlüsse über Finanzhilfen von großer Tragweite für den Steuerzahler dürfen dem Parlament nicht zuerst verschwiegen und dann in unangemessener Zeitnot durch den Bundestag gepeitscht werden. Wir haben das von Anfang an missbilligt. Die demokratische Kontrolle durch das Parlament haben wir verbessert. Die Kontrollrechte des Bundestages wurden in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet – gegen den hinhaltenden Widerstand von Merkel und Schäuble. Auch das ist unser Sieg! Wir haben immer gesagt: Wir lassen uns nicht unter falschen Zeitdruck setzen. Aber an uns Parlamentariern wird auch keine wichtige Entscheidung scheitern. Wir wollen diesen Weg fortsetzen, damit wir in Europa nicht nur Zeit kaufen, sondern die Zeit nutzen und die Krise von Grund auf lösen. Steuerhinterziehung darf kein Kavaliersdelikt mehr sein.

Mit dem 8-Punkte-Plan von Peer Steinbrück stellen wir uns gegen schweren Steuerbetrug. International ist die Trendwende im Gang. Luxemburg und Österreich sind dabei, ihr Bankgeheimnis zu lockern. Auch in der Schweiz wird neu nachgedacht. Aber der Kampf gegen Steueroasen ist nicht zu Ende. Und wir haben dabei wichtige Verbündete wie Präsident Hollande, der es zu einem Schwerpunkt seiner Präsidentschaft gemacht hat.

Gemeinsam mit Frankreich muss Deutschland jetzt Druck machen, in Europa und in den internationalen Organisationen. Und dazu braucht es in Deutschland eine andere Regierung unter unserer Führung! Der zentrale Krisenherd der Bankenrisiken muss eingedämmt werden, damit die Staaten aus dem Schuldenstrudel herauskommen. Peer Steinbrück hat zu Recht gesagt: Wir brauchen eine europäische Bankenunion, die Bankenaufsicht, Restrukturierung und Rekapitalisierung von Instituten ermöglicht, aber nur mit einem Rettungsfonds, der von den Banken selber gespeist wird. Dieser Gedanke gewinnt in Europa immer mehr Anhänger.

Die Altschulden bleiben ein Problem, da sie einen Teufelskreis aus Refinanzierungsproblemen und neuen Schulden zu Lasten der Zukunftsperspektiven anheizen. Wir brauchen einen Altschuldentilgungsfonds. Aber der kommt nur mit einer anderen Regierung in Deutschland unter unserer Führung! Die Abwärtsspirale aus tiefer Rezession und neuer Verschuldung droht jedes Rettungspaket zu unterminieren. Kreditlinien müssen – wie jetzt im Falle Portugals und Irlands – verlängert werden und ihr Ausfallrisiko steigt. Wenn wir unsere Kredite nicht abschreiben wollen, müssen wir die wirtschaftliche Trendwende in der Eurozone erreichen.

Wir brauchen nicht zuletzt eine Wachstumsperspektive für die südliche Peripherie. Dazu braucht es eine europäische Politik der industriellen Erneuerung mit einem Aufbau- und Investitionsfonds, der Impulse für das produzierende Gewerbe und die wirtschaftsnahe Infrastruktur finanziert. Wir sollten gemeinsam mit Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Frankreich Strategien für die Erschließung dynamisch wachsender globaler Märkte sowohl in Asien und Lateinamerika als auch in Osteuropa entwickeln.

Auf unseren Druck hat es erste Ansätze beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit gegeben. Aber die Zahlen bleiben dramatisch. Wir wollen keine verlorene Generation in Europa. Die 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts sollten uns eine ernste Warnung sein. Deshalb fordern wir eine echte Jugendgarantie mit Ausbildungs- und Beschäftigungsbrücken, bis die Konjunktur wieder anspringt.

Das ist sozialdemokratische Politik für ein starkes Europa. Wir haben sie in unserem Programm beschlossen.

Dafür wollen wir eine SPD-Regierung!

Bonbon

„An der Börse sind 2 und 2 niemals 4, sondern 5 minus 1."

(Peer Steinbrück, SPD)

Termine

19.04.13	*16.00 Uhr*	*Fachgespräch Contergan, Neuwied*
	19.00 Uhr	*Kita „Traumland", Altenkirchen,*
20.04.13	**11.00 Uhr**	**Tibet-Gesprächskreis Ingelbach**
	14.00 Uhr	*Jugendfeuerwehr Kulturwerk Wissen*
	20.00 Uhr	**Konzert Mehrbachtal**
21.04.13	**12.00 Uhr**	**Gewerbeschau Windhagen**
	15.00 Uhr	**Rolli-Tennis Windhagen**
	17.00 Uhr	**Konzert Hüttenhaus, Herdorf**